

# Unterstützung für die Wasserkraft

**Energie** In Rechtenstein zeigt sich Staatssekretär Thomas Bareiß (CDU) als Fürsprecher der Branche.



**Staatssekretär Thomas Bareiß (von links), Kraftwerksbetreiber Elmar Reitter, Bundestagsabgeordnete Ronja Kemmer, Bürgermeisterin Romy Wurm und Martin Renn von der Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke bei der Besichtigung in Rechtenstein.**

Foto: Maria Bloching

**Rechtenstein.** Wasserkraft sei für die Energieversorgung im Land unverzichtbar, meint Thomas Bareiß. „Acht bis zehn Prozent des Stroms in Baden-Württemberg gewinnen wir aus der Wasserkraft. Sie war die erste Energieversorgung in unserem Land, viele Anlagen sind schon über 80 Jahre alt“, sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete am Freitag in Rechtenstein. Dort besichtigte der parlamentarische Staatssekretär für Wirtschaft und Energie das Kraftwerk der Firma Reitter.

Vor wenigen Jahren hat Geschäftsführer Elmar Reitter etwa fünf Millionen Euro in die Anlage investiert und unter anderem eine vierte Turbine einbauen lassen. Sehr

zur Freude des Staatssekretärs, der die Notwendigkeit hervorhob, für die Wasserkraft im Land zu kämpfen: „Sie spielt eine fünfmal größere Rolle bei der Gewinnung von erneuerbarer Energie als Wind“, sagte Bareiß. Nach der Photovoltaik sei Wasserkraft die zweitwichtigste erneuerbare Energieform. „Deshalb müssen wir zumindest die bestehenden Anlagen erhalten, besser noch die Wasserkraft ausbauen“.

Zwar sei der Betrieb des Kraftwerks aufgrund der Trockenheit im Sommer ständigen Veränderungen ausgesetzt, sagte Reitter. In diesem Jahr habe er sogar erhebliche Einbußen hinnehmen müssen. Trotzdem liefen die Turbinen mehr als 60 Prozent der Zeit unter Volllast. Windkraftanlagen brächten es gerade mal auf 20 Prozent Volllast, sagte Bareiß, Photovoltaikanlagen auf lediglich zehn Prozent.

An insgesamt 35 000 Kilometern Fließgewässern in Baden-Württemberg seien etwa 1700 Wasserkraftwerke in Betrieb. Nach Ansicht von Ronja Kemmer, CDU-Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Ulm, sprechen diese Dezentralität und die Grundlastfähigkeit mit einer garantierten Stromerzeugung für die Nutzung der Wasserkraft. Im Vergleich zu Windkraftanlagen und Photovoltaik-Freiflächenanlagen sei der Flächenverbrauch gering. „Die Forderung nach erneuerbarer Energie ist da, aber es hapert noch an der Umsetzung“, sagte die Abgeordnete.

Martin Renn vom Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke Baden-Württemberg kritisierte die stetig steigenden ökologischen Auflagen. Diese seien kaum mehr finanzierbar, geschweige denn sinnvoll. „Wir haben an allen Wasserkraftanlagen je 25 Kilometer oberhalb und unterhalb volle Wasserstellen mit der Möglichkeit zur Laichablage. Dennoch steigen die Forderungen in Bezug auf Mindestwasser.“ Natürlich müsse die Ökologie berücksichtigt werden, sagte Renn, „doch der Betrieb muss auch wirtschaftlich sein“. Es gelte also, wirtschaftliche und ökologische Belange miteinander in Einklang zu bringen.

Doch lohne sich der Aufwand vor allem für kleine Anlagen kaum mehr, die Folge seien Betriebsaufgaben. „Die Anforderungen sind insbesondere für Anlagen unter 100 Kilowatt zu groß.“ Und das sind etwa 1300 der insgesamt 1700 Anlagen im Land. Auch Elmar Reitter sprach von teilweise „existenzvernichtenden Auflagen“, die auf ein normales Niveau gestutzt werden müssten. Die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) biete dazu Gelegenheit. Darin könnte geregelt werden, dass der Mehraufwand in Sachen Ökologie zumindest teilweise auszugleichen sei. Reitter: „Wir leben in einer Kulturlandschaft, nicht alles kann wie vorgesehen einfach so umgesetzt werden. Wir müssen in diesem Konflikt mit gesundem Menschenverstand einen Kompromiss finden.“

Maria Bloching